Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

1872

DISSIPAT ATQUE FOVET

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Frs. 4,50. Zeilenpreise: Die 6gesp. 40 m/m Zeile 0,25 Frs., Deutschland 7 Pfg., Ausland 0,30 Frs.

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82. Postfach 39

Nr. 154. | Saarlouis, Donnerstag, den 9. Juli 1925 | 54. Jahrgang

Enthüllungen des Polizeipräsidenten a. D. Richter.

Berlin, 7. Juli. Ueber die geschlossene Sitzung des preußischen Barmatausschusses verbreitet ein Berliner Abendblatt folgenden Bericht: Polizeipräsident a. D. Richter machte ausführliche Darlegungen über die Intimität der Freundschaft, die ihn mit Barmat verbunden hat. Zur großen Ueberraschung des Ausschusses liefen ihm dabei die Tränen über die Wangen und er brach schließlich in ein konvulsives Schluchzen aus, das seine Worte vollkommen unverständlich machte. Der ehemalige Polizeipräsident erlebte einen so starken Nervenzusammenbruch, daß die Sitzung ungefähr ¼ Stunde ausgesetzt werden mußte. Unter dem Zuspruch seiner Freunde erholte er sich dann allmählich und konnte einigermaßen zusammenhängende Aussagen machen. Er erklärte seinen Zusammenbruch damit, daß ihm in dem Augenblicke, als er gesprochen habe, die Erinnerung an die frühere schöne Zeit wiedergekommen sei. Gleichzeitig habe es ihn belastet, daß er einmal gesagt habe, Barmat simuliere seine Krankheit, während er sich jetzt davon überzeugt habe, daß Barmat ein kranker Mann sei. Ziemlich unumwunden bekundete der Polizeipräsident, daß er sehr erhebliche Geldzuwendungen bei den verschiedensten Gelegenheiten von Barmat erhalten habe. Er erklärte das damit, daß sein Gehalt als Berliner Polizeipräsident nicht ausgereicht habe, um den Verpflichtungen gegenüber seiner Familie und seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Barmat habe ihm deshalb u. a. einmal mit seiner Familie die Möglichkeit eines Badeaufenthaltes an der See verschafft. Das kostbare Geschenk sei 300 Mark gewesen. Der kostspielige Aufenthalt in Holland sei stets von Barmat bestritten worden. Der Polizeipräsident verbreitete sich dann ausführlicher über die Aktienkäufe. Er erklärte wiederholt, daß er genaue Zahlenangaben nicht machen könne. Seine früheren Aussagen müßte er aber dahin ergänzen, daß Barmat für ihn nicht nur die Demagaktien, sondern auch Aktien des Norddeutschen Lloyds und der Hamburger Elektrizitätswerke beschafft habe. Der frühere Polizeipräsident erwähnte dann noch eine ganze Anzahl von Geld- und sonstigen Geschenken, die er bei dem freundschaftlichen Verkehr mit Barmat erhalten hat. Wertangaben kann er aber nicht machen. Der Polizeipräsident hat im Auftrage Barmats auch Geschenke besorgt, die dieser seinen Freunden nach der Rückkehr von seinen Reisen zuleitete. Im Ausschuß erregte es, wie das Spätabendblatt weiter meldet, große Aufmerksamkeit, daß darunter auch einmal ein Geschenk für Heilmann gewesen ist.

wtb. Berlin, 7. Juli. Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages für die Vorkommnisse bei der Staatsbank, der sogenannte Barmatausschuß hat am Dienstag ergänzend den früheren Reichsminister Braun und den früheren Polizeipräsidenten Richter vernommen, um beiden Zeugen, wie das bei allen anderen Zeugen auch geschehen ist, vor ihrer Beeidigung Gelegenheit zur Ergänzung oder Berichtigung ihrer früheren Aussage auf Grund des nunmehr vorliegenden Stenogramms zu geben. Als an den Zeugen Fragen über sein freundschaftliches Verhältnis zu Josef Barmat auf Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold beschlossener vertraulicher Sitzung gestellt wurden, versagte Richter die Stimme und er weinte. Er entschuldigte sich damit, daß seine Nerven bei Schilderung seiner sehr herzlichen Freundschaft zu Barmat versagten. Nach einer kurzen Pause, in deren Verlauf sozialdemokratische Abgeordnete dem Zeugen beruhigend zuredeten, gab er Auskunft über Zuwendungen, die er von Barmat erhalten hat. Den Kaufpreis für von Barmat bezogene Aktien konnte er nicht angeben, weil es sich um die Inflationszeit handelte, in der der Geldwert dauernd schwankte. Einmal habe er für Familienzwecke 500 Mk. von Barmat geliehen. Polizeipräsident Richter gab auch Auskunft über gesellige Zusammenkünfte und Reisen, die er zusammen mit Barmat unternommen habe und deren Kosten Barmat bestritt. — Der Abg. Kaufholt (DN.) fragte sehr eindringlich, ob auch Damen an solchen Zusammenkünften und Reisen teilgenommen hätten, und ob Richter solche Damen amtlich bevorzugt habe. Das wurde vom Zeugen entschieden bestritten. — Dieses Thema führte dann zu einer Auseinandersetzung im Ausschuß selbst. Die weitere Beweisaufnahme war unerheblich.

Das „glückliche“ Saargebiet.

Eine dringende Sitzung des Landesrats.

wtb Saarbrücken, 8. Juli. Morgen früh ½10 Uhr findet im neuen Sitzungssaale des Rathauses Saarbrücken eine dringende Landesrats-Vollversammlung statt. Tagesordnung: Begutachtung des Verordnungsentwurfs betr. Abänderung des preußischen Knappschaftsgesetzes vom 17. Juli 1912 und der Vereinigung der Knappschaftsvereine des Saargebiets.

Aufruf der Bergarbeiterorganisationen.

An die organisierte Belegschaft der Saargruben.

Wie angekündigt fanden am Dienstag, den 7. Juli, Besprechungen auf der Bergwerksdirektion zwischen dem Vertreter des französischen Arbeitsministeriums, einem Vertreter der Bergwerksdirektion und Vertretern der unterzeichneten Organisationen statt. Gegenstand der Besprechung war:

Die Teuerungsfrage.

Es bestanden bezüglich der Teuerungsfrage, besonders betreffend Ermittlung der Teuerung, starke Meinungsverschiedenheiten. Man einigte sich dahin, die Regelung der Lohnfrage von der Teuerungsfrage zu trennen, weil nach Ansicht der Organisationsvertreter der derzeitige Lohn den bestehenden Teuerungs-Verhältnissen nicht entspricht. Unter Verbesserung der bisherigen Teuerungsermittlungsgrundlage soll künftig eine paritätische Ermittlung der Teuerung erfolgen. Diese verbesserte Meßart soll aber erst dann für die Lohnregelung richtgebend sein, wenn der Lohn mit den Teuerungsverhältnissen im richtigen Einklang steht.

Im Vordergrund aber steht die Lohnfrage.

Die Organisationsvertreter beantragten daher über die Erhöhung der Löhne zu verhandeln. Der Direktionsvertreter erklärte, daß die Bergwerksdirektion zu Verhandlungen bereit wäre, wenn auch den in Frage kommenden Gruben die tariflichen und durch die Arbeitsordnung gegebenen Zustände hergestellt wären.

In der festen Erwartung, daß die Kameraden den tariflichen und den der Arbeitsordnung entsprechenden Zustand wieder herstellen und das zuständige Kameradschaftspflock fördern, sowie um eine Verhandlungsbasis zu schaffen, haben die Tariforganisationen mit nachfolgendem Schreiben den Lohntarif gekündigt.

Saarbrücken, den 8. Juli 1925.

An die Bergwerksdirektion

Saarbrücken.

Unterzeichnete Organisationsvertreter kündigen hiermit den am 15. Januar ds. Jrs. abgeschlossenen Lohntarif. Wir bitten die Generaldirektion, baldmöglichst mit uns zwecks Abschluß eines neuen Lohntarifs in Verhandlung zu treten.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands
gez. Schwarz—Hetterich.
Gewerkverein christl. Bergarbeiter Deutschlands
gez. Kiefer, Gärtner.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
gez. Bock.
Christlicher Metallarbeiter-Verband
gez. Pick.

Kameraden!

Die Gesamtbelegschaft hat ein Interesse daran, daß Verhandlungen zur Regelung der Lohnfrage ermöglicht werden. Daß diese Verhandlungen bald kommen, liegt allein in der Hand der Belegschaft selbst. Zeigt daher gewerkschaftliche Disziplin, damit der Lohnkampf in gewerkschaftliche Bahnen geleitet und ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

Die Verhandlungen im Saarbergbau.

Saarbrücken, 8. Juli. Am Dienstag nachmittag fanden in Gegenwart eines Vertreters des französischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten, den Bergarbeiterorganisationen und der Bergverwaltung Verhandlungen statt über die Neufestsetzung einer Teuerungsziffer. Im großen ganzen wird man in dieser Frage zu einer Einigung kommen. Betreffs der im Vordergrund stehenden Lohnfragen liegen die Verhältnisse zurzeit so, daß die Bergverwaltung in dem Moment, in dem auf den Saargruben wieder eine ordnungsmäßige Förderung einsetzt, auch über die Lohnfrage verhandelt wird. Es ist also zu hoffen, daß die zurzeit sehr stark im Vordergrund stehenden Schwierigkeiten bei einem Entgegenkommen der Bergverwaltung beseitigt werden.

Die Wrangel-Armee im Saargebiet

Saarbrücken, 8. Juli. Die französische Generaldirektion der Halbergerhütte in Brebach, die jetzt bekanntlich von der Eisenwerksgesellschaft Pont-a-Mousson kontrolliert wird, beabsichtigt mehrere Hundert Russen und zwar Trümmer der Wrangel-Armee auf dem Saarwerk einzustellen. Von den mit Erlaubnis der Regierungskommission Angeworbenen sind bereits 54 in Brebach eingestellt, darunter ein russischer General, der als Dolmetscher und Aufseher fungiert.

Diese unsere aus bester Quelle geschöpfte Nachricht wird nicht verfehlen, im Saargebiet größtes Aufsehen zu machen. Während der Arbeitsmarkt im Saargebiet außerordentlich darniederliegt und nur in Hoffnung demnächstigen Abschlusses eines Erleichterung bringenden deutsch-französischen Handelsvertrags die meisten Werke und Unternehmungen ihre Arbeiterschaft mit Verlusten durchhalten, um katastrophale Massenentlassungen zu vermeiden, darf ein überwiegend in französischer Hand befindliches und gänzlich französisch geleitetes Eisenwerk eine bei dieser kritischen Lage um so unangenehmere Anzahl von Fremdstämmigen ins Saargebiet einführen. Dem dauernden Aufenthalt deutscher Reichsangehöriger im Saargebiet werden von seiten der Polizeiverwaltung fortgesetzt die größten Schwierigkeiten bereitet, unter dem Deckmantel der Berufung auf die Wünsche der einheimischen Gewerkschaften und das im Saargebiet selbst vorhandene Ueberangebot von Arbeitskräften. Ein französisches Saarwerk bekommt jedoch schlankweg die Erlaubnis zum Russenimport, für den nach der Lage des Arbeitsmarktes nicht die mindeste Veranlassung vorliegt, gegen den vielmehr alle sachlichen Gesichtspunkte und die Rücksicht auf die einheimische Arbeiterschaft sprechen.

Vermutlich will die Halbergerhütte mit dem Russenimport einerseits dem französischen Staate die Unterhaltungspflicht für die zu französischen Endzwecken gegen die Sowjet-Regierung kämpfenden und nach ihrem Mißerfolg in Serbien und Frankreich untergebrachten Abenteuerer abnehmen; andererseits dürfte die Anlegung von Russen zugleich dem Brebacher Werk als Pressionsmittel im Sinne seiner üblichen Lohndrückerei-Politik dienen.

Zu Anfang dieses Jahres bescherte die Regierungskommission dem ihr zu treuen Händen übergebenen Saargebiet das von der Ruhr ausgespuckte Micum-Gesindel; jetzt beglückt sie das Saargebiet auch noch mit russischen Revolutionären. Beides im ausgesprochenen Interesse Frankreichs; das nennt sich „Fürsorge für die Bevölkerung“ und „peinliche Beobachtung der Neutralität!“ Wir dürfen voraussetzen, daß die ausländische Oeffentlichkeit und besonders die Gewerkschaften ein ernstliches Wort mit dieser Saarregierung sprechen.

Die Arbeiten des Reichstages.

bz. Berlin, 8. Juli. In der heutigen Sitzung des Aeltestenrats des Reichstages setzten Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann die Gründe auseinander, weshalb eine außenpolitische Debatte im Reichstage vor der Absendung der deutschen Note nicht opportun erscheint. Eine Einigung über den Termin der Debatte wurde unter den Parteien nicht erzielt. Die Mehrheit war entschlossen, diese Debatte nicht vor der Absendung der Note stattfinden zu lassen. Dem widersprachen Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkische. Im übrigen ist über den Geschäftsordnungsplan des Reichstages noch zu sagen, daß am Freitag die beiden Aufwertungsgesetze für Hypotheken und öffentliche Anleihen im Plenum zur Beratung gelangen und diese Beratung bis Mittwoch abend zu Ende geführt sein soll. Demnächst werden die Steuergesetze vom Plenum in Angriff genommen werden. Ueber alles andere, namentlich über die Beendigung der Reichstagssitzungen, werden noch nähere Beschlüsse gefaßt werden.

Die Räumung des Ruhrgebiets.

bb. Berlin, 8. Juli. Nach Blättermeldungen aus Essen soll die militärische Räumung des besetzten Ruhrgebiets voraussichtlich in der Zeit vom 15. bis 16. Juli erfolgen. Bis Mitte August sei aber mit dem Verbleiben der Polizei